

Saale-Zeitung.

werben die Spaltzeile oder deren Raum mit 20 Pfg., solche aus Halle mit 15 Pfg. berechnet...

Erscheint zweimal täglich mit Ausnahme der Sonn- und Feiertage. (Der Nachdruck unserer Original-Artikel ist nicht gestattet.)

Bezugspreis für Halle vierteljährlich 2,50 M., bei zweimonatlicher Anstellung 2,75 M., durch den Post 3 M., einmonatlich 1 M., ohne Postgebühren...

(Brennereiverbindung mit Berlin, Leipzig, Magdeburg etc.)

Siebentundzwanzigster Jahrgang.

Nr. 270.

Halle a. d. Saale, Montag den 12. Juni

1893.

Politische Uebersicht.

Während eine Reihe freiwillig-gouvernementaler Steuer-Vorhaben sich abmilt, die Reichsregierung mit Verschlägen zu...

Die Probe auf den unpolitischen Charakter des „Bundes der Landwirthe“, dessen Vertreter ja auch in unserem Wahlkreise...

In Sachen der geistlichen Schulaufsicht nimmt die von uns schon angelegene Behandlung des neuen konservativen Programms...

Seitens des Herrn Ministers für Handel und Gewerbe, so schreibt man uns, werden gegenwärtig Erhebungen bei den Holzge-Verordnungen...

Als ein Zeichen des wachsenden, gegen das Reich und das Uebergewicht Preussens gerichteten Partikularismus ist es anzusehen, daß in Mecklenburg...

Unter der Ueberschrift: „Die Engländer in Ägypten“ veröffentlicht der „Figaro“ einen Artikel, welcher den Engländern großes Vergnügen bereitet...

empfohlen, der „Rechtspartei“ aber folgende Anerkennung ausgesprochen wird:

Auch wir sehen in der wachsenden Verdrängung und den centralistischen Bestrebungen Preussens eine ernste Gefahr für das Reich...

Schöner kann sich Herr Sigl im „Vahr. Vaterl.“ auch nicht ausdrücken.

Der Sozialistenführer Herr Bebel hat in einer Wahlrede für den Genossen Bruns in Bremen wieder einmal den großen Minderndank angehängt:

Wir“ sagte er, „bestreiten aus materiellen Gründen die Fähigkeit der in Betracht kommender Völker, Krieg zu führen. Frankreichs Wehrkraft ist erschöpft; um Krieg hat das große Volk dort überhaupt keine Lust; seine ökonomische Lage ist dazu in ständiger Mängelung begriffen...

Zur Diskreditirung des Reichstages verfiel sich Herr Bebel zu der phantastischen Behauptung:

„Der Reichstag hat nie daran gedacht, das allgemeine Stimmrecht vor sich einzuführen.“

Allerdings hat der Reichstag daran eben so wenig gedacht, wie Herr Bebel etwa an seinen Zukunftsplan vor seiner Geburt gedacht hat. Aber an die Einführung des allgemeinen Stimmrechts hat bereits die Nationalversammlung in Frankfurt a. M. im Jahre 1848 gedacht.

Die spanische Ministerkrise dürfte, wie aus den neuen maderer Mittheilungen hervorgeht, binnen kurzem zum Ausbruche gelangen. Eine Verhinderung bis nach der nahe Juni erwarteten Entscheidung der Budget-Debatte war bei der Meldung, die Konserwativen hätten beschlossen, bei der Budget-Verhandlung auf ihrer Oublikations-Politik zu verharren...

In der Anwesenheit des Fürsten von Montenegro in Wien und zu den Besuchen, die er vom Kaiser und dem Grafen Kalnoky erhalten hat, bemerkt ein Wiener Blatt, daß nicht auf die Progression der guten Beziehungen zu Rußland reflektire, auch den „besten Freund des Jaren“ niemals aus dem Auge verlieren dürfe...

Die Beziehungen bedürften also gar nicht erst einer vermeintlichen Wendung zum Besseren oder einer besonderen Kennzeichnung als günstiger gestaltet.

Unter der Ueberschrift: „Die Engländer in Ägypten“ veröffentlicht der „Figaro“ einen Artikel, welcher den Engländern großes Vergnügen bereitet. Der Verfasser desselben ist Herr Felix Aubois, ein Mitglieb der Redaktion des genannten Blattes. Er erzählt, daß er nach Ägypten gegangen sei, um Material gegen die Mißwirtschaft der Engländer in Ägypten zu sammeln, und zu diesem Zwecke habe er einen sehr großen Koffer mitgenommen, allein er habe denselben leer wieder heimgebracht, da er gefunden habe, daß die Herrschaft

der Engländer in Ägypten den Eingeborenen nicht Nachtheile, sondern große Vorteile gebracht habe. Der Verfasser schildert dann im einzelnen die von den Engländern durchgeführten Reformen und führt zum Schluß aus, daß die Ägypten „Ägypten für die Ägypter“ völlig unhaltbar sei, da alle großen Werke durch fremde und mit fremdem Kapital — hauptsächlich französischem — ausgeführt seien.

Zu den Wahlen.

Halle, 12. Juni. In der am Sonnabend im „Ving Kart“ als geballenen Wählerversammlung der drei vereinigten konservativen Parteien hat der Herr Landrath W. Weber die „Saale-Stg.“ angegriffen. Es ist das nicht das erste Mal; schon früher, vor den Wahlen, hatte der Herr Landrath in einer agrarischen Versammlung sich in einer Weise über unser Blatt geäußert, daß es uns aus Gründen der Selbstachtung unmöglich war, darauf zu erwidern. In der vorgerichtigen Versammlung der Konserwativen nun hat der Herr Landrath behauptet, daß wir in unserem Berichte über die Wählerversammlung in Wettin, in der er gesprochen, seine Worte vollständig verkehrt und falsch wiedergegeben hätten. Die „Saale-Stg.“ ist überhaupt in der Kunst, Falschheiten zu verbreiten, dem sozialdemokratischen Dognen überlegen. Das ist eine schwergewichtige Behauptung, und jeder logisch denkende, gewissenhafte Mann spricht eine solche nicht aus, ohne sich vorher überzeugt zu haben, daß sie auf Thatsachen beruht, besonders wenn er Beamter und nun gar Landrath ist. Das hat der Herr Landrath aber offenbar nicht gelhan, denn seine Behauptung ist unwar; wir haben über jene Versammlung überhaupt nicht berichtet, konnten also keine Worte auch gar nicht verbreiten. Ferner ging der Herr Landrath des näheren auf ein Flugblatt der Konserwativen ein, das Unrichtiges über die Stellung des Hrn. Dr. Alex. Meyer zur Reinitenrage enthielt. Er behauptete, das Flugblatt sei bereits am 1. Juni gedruckt worden, mithin früher, als sich Dr. Meyer über seine Stellung zur Reinitenrage ausgesprochen habe. Wenn dieses Flugblatt gedruckt wurde, ist ganz gleichgültig; verbreitet worden ist es noch am 7. Juni, nachdem Herr Dr. Meyer bereits am 4. Juni in Wettin die Stellung zur Reinitenrage darzulegen und diese Darstellung auch bereits am 5. Juni in unserem Blatte veröffentlicht worden war. Das mußte der Herr Landrath wissen, und wenn er es nicht wußte, so hatte er sich wiederum nicht genügend informiert. Welden Werth hiernach die sonstigen Behauptungen des Herrn Landrath haben, wollen wir hier nicht untersuchen, möchten aber an die ganze Art und Weise der Agitation, in welcher bei der diesmaligen Wahl vorgegangen worden ist, noch einige Bemerkungen knüpfen.

Die liberalen Parteien sowohl wie die konserwativen sind darin einig und haben es in jeder Versammlung ausgesprochen, daß das Hauptziel im jetzigen Wahlkampfe sei, mit allen Mitteln zu verhindern, daß unser Wahlkreis abermals eine sozialdemokratische Vertretung im Reichstage erhalte. Man sollte nun meinen, daß dieses Ziel im Auge, beide Parteien die Gegenseite in ihren Anschauungen, wie sie nun einmal vorhanden sind, rein sachlich und ohne Berücksichtigung häßlicher Gedanken und alles verwerflichen müssen, was gegenwärtige Verberkung bevorzugen konnte. Auf konserwativer Seite ist das aber leider nicht geschehen; hier ist durch Flugblätter geradezu Grobes getrieben worden in Uebertreibungen, unwahren Behauptungen, Geschwätzereien, und namentlich war die freisinnige Partei das entsetzliche, vor dem nicht genug gewarnt werden konnte. Von Hrn. Dr. Alex. Meyer sind diese Verächtlichkeiten in so schlagender Weise theils widerlegt, theils auf ihren wahren Kern zurückgeführt worden, daß wir uns das hier erparen können. Wir fragen aber: kann man, wenn andererseits wieder berichtet wird, daß manche Verächtlichkeiten zwischen Liberalen und Konserwativen vorhanden seien und daß die konserwative Partei bei einer etwaigen Stichwahl Janen und anders für den liberalen Kandidaten eintreten werde: da noch an Aufrichtigkeit glauben? Wozu also die Verheerung? Wie glauben gern, daß Dr. Reichmanns Glum diesen Machinationen fernsteht; geht es ihm sicher nicht damit. Bitte und Aufwand erforderte die Agitation gerade bei der diesmaligen Wahl! Sie fehlten öfter, und leter muß man sagen, daß die Partei, die sich mit Vorliebe die staats-erhaltende nennt, in den Mitteln ihrer Agitation diesmal noch weniger wahrlich zu sein scheint als die Sozialdemokratie.

Wir erhalten folgende Zuschrift:

Halle, 11. Juni.

In einer kürzlich in den „Kaiserlichen“ abgehaltenen Wähler-Versammlung wurde u. a. auch über den Beschäftigungsnachweis im Sandwerke verhandelt. Dr. Reichmanns Glum hält denselben für unbedingt geboten, wo mit der Ausübung des Gewerbes eine Gefahr verbunden ist. Logischerweise müßte er dann auch den Beschäftigungsnachweis für das „Gewerbe“ eines Reichsboten fordern, denn auch der Ausübung desselben eine gewisse Gefahr für die Gesamtheit verbunden ist, nicht generell beheligen können und hiesel jeder zugewiesen müßten, welcher die Verhältnisse des Hrn. Reichsman's Glum gehört und gesehen hat, durch welche der Bauhandwerker gegen Schwundeseien geschützt werden soll. Wir beklagen, wie jeder redlich denkende, nicht weniger als Dr. Reichmann's Glum, daß derartige, gerade heraus gesagt, Verleumdungen unter dem Schutze des „Rechts“ möglich sind, können uns aber den Vorwürfen des Hrn. Glum's nur völlig ablehnend gegenüberstellen. Sind die Bauhandwerker etwa in einer geistlich schlechter gestellten Lage als jeder andere Gewerbetreibende, so müssen aber harronit, welcher Waaren oder Lieferungen auf Kredit hingiebt? Wollten ähnliches Schreibern und absichtliche oder unabsichtliche Vermögensschädigungen nur den Bauhandwerkern gegenüber? Wenn man sagt, es sei ein lächerliches Unrecht, daß der Reichsman's Glum'scher Regierung eines bekannten Grundstücks dem Doppelten glaubiger zuzelle, während doch die Leistungen und Lieferungen der Bauhandwerker den Wert des Verkaufsobjektes erst mehr

